



Der Rückhalt für das Corona-Management der Landesregierung bröckelt. Allein Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erreicht Spitzenwerte, CDU-Herausforderin Susanne Eisenmann ist unpopulär. BILD: DPA

Corona: Neue Verordnung gilt im Südwesten ab Montag

Land lockert die Regeln

Von Michael Schwarz

Stuttgart. Nach der Bund-Länder-Konferenz am Mittwoch müssen die Beschlüsse zu den Lockerungen der Corona-Regeln jetzt auch in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Das Land will eine neue Verordnung erarbeiten, die ab Montag in Kraft treten soll.

Beim Inzidenzwert gibt es auch in Baden-Württemberg eine Neujustierung. Generell wird die Notbremse gezogen, wenn an drei aufeinanderfolgenden Tagen die Sieben-Tage-Inzidenz auf über 100 ansteigt. Dann treten wieder die alten Lockdown-Regeln in Kraft. Dies wäre das Worst-Case-Szenario. Gewisse Öffnungen sind in Stufe zwei möglich. Basis ist hier, dass die Sieben-Tage-Inzidenz in drei aufeinanderfolgenden Tagen zwischen 50 und 100 liegt. Stufe drei folgt, wenn der Inzidenzwert stabil unter 50 liegt. Was stabil bedeutet, will die Regierung jedoch erst am Wochenende festlegen.

Warnung vor Einkaufstouristen

Grün-Schwarz hat entschieden, dass bei Lockerungen nicht der landesweite, durchschnittliche Inzidenzwert zugrunde liegt, sondern dass es hier eine Lösung spezifisch für die Kreise geben soll. Damit kann also ein Stadt- oder Landkreis mit niedrigen Infektionszahlen Lockerungen umsetzen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist es bei der von ihm selbst mit CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann (CDU) getroffenen Regelung jedoch nicht ganz wohl. Er warnt im Landtag vor Einkaufstouristen, also Personen, die von einem Kreis mit hoher Inzidenz in Kreise zum Einkaufen gehen, in denen es bereits entsprechende Lockerungen gibt. „Es wird jetzt darauf ankommen, für diese Problematik gemeinsame angemessene Lösungen zu finden“, mahnt Südwest-Landkreistagspräsident Joachim Walter (CDU).

Privat dürfen sich ab Montag wieder zwei Haushalte treffen mit maximal fünf Personen. Kinder im Alter bis einschließlich 14 Jahre zählen zur Personenzahl nicht dazu. Sinkt die Inzidenz unter 35, sind sogar Treffen von drei Haushalten erlaubt – mit maximal zehn Personen.

Bei einer Inzidenz unter 50 kann der Handel mit den entsprechenden Hygiene- und Abstandsregeln öffnen. Allerdings ist eine Begrenzung vorgesehen von einem Kunden pro zehn Quadratmeter beziehungsweise 20 Quadratmeter je nach gesamtter Verkaufsfläche. Befindet sich der Wert über 50, müssen im Handel Einzeltermine (Click&Meet) vereinbart werden.

Wahl: Kreise und Kommunen bekommen vom Land Geld

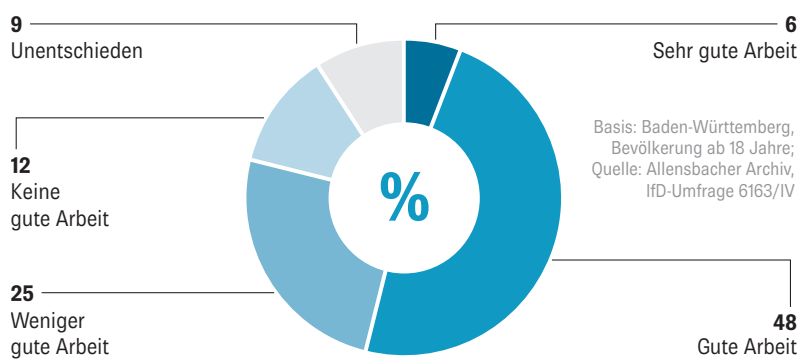
13 Millionen als Zuschuss

Stuttgart. Das Land Baden-Württemberg stellt den Kreisen und Kommunen für die Durchführung der Landtagswahl zusätzlich bis zu 13 Millionen Euro zur Verfügung. Bislang sind im Haushalt 10,3 Millionen Euro vorgesehen. Der Corona-bedingt zu erwartende deutliche Anstieg der Briefwähler und die notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen zur Durchführung der Wahl führten bei den Gemeinden und Kreisen zu erheblichen Mehrkosten, erklärt Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) in einer Vorlage seines Hauses für die Sitzung des Kabinetts am kommenden Dienstag, die dieser Redaktion vorliegt. Strobl ist zuständig, weil die Landeswahlleiterin dem Innenministerium zugeordnet ist. Die Kommunen und Kreise erhalten laut der Vorlage die Kosten ersetzt für die „Vorbereitung und Durchführung der Wahlen einschließlich der Übermittlung der Wahlergebnisse“. mis

Die Bürger fühlen sich von der Politik zunehmend allein gelassen

Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement

Und wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Landesregierung in der Corona-Krise: Würden Sie sagen, die Landesregierung leitet hier...



Von Ulrike Bäuerlein

Stuttgart. Für Grüne und CDU, für die Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann und Susanne Eisenmann, werden die letzten Meter bis zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14. März noch quälend lang. Denn worauf fast ein Jahr lang Verlass war, das beginnt nun zu schwinden: Die Zustimmung der Bürger zum Corona-Management der Landesregierung bricht ein. Die politischen Strategien der Parteien dürften den nun vorliegenden fünften Teil des BaWü-Checks der baden-württembergischen Tageszeitungen, der das politische Meinungsklima im Land im Februar erhoben hat, mit bangen Blicken auf den Kalender bewerten.



Das Allensbacher Institut für Demoskopie (IfD) hat bei seiner Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen auf der Zielgeraden vor der Landtagswahl bei den Bürgern um eine Bilanz der Arbeit der Landesregierung zum Ende der Legislaturperiode gebeten. Die Erhebung fand allerdings vor der jüngsten Verwirrungsrunde am Mittwoch zwischen den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin über Öffnungs- und Impfstrategien statt. Wie wird sich der wachsende Unmut in den Wahl-

ergebnissen von Grünen und CDU niederschlagen? Kommt es zur Protestwahl der Corona-Unzufriedenen?

Der Trend jedenfalls ist deutlich. In den letzten Wochen ist die Anerkennung für das Krisenmanagement der Politik auf Bundes- wie auf Länderebene gesunken. Auf Bundesebene überwiegt mittlerweile die Kritik, in Baden-Württemberg fällt die Bilanz zurzeit noch etwas positiver aus. Noch 54 Prozent der Bürger attestierten der Landesregierung im Februar noch gute oder sogar sehr gute Arbeit. Ein Drittel der Bürger (37 Prozent) äußert sich bereits kritisch.

Vor allem ein Aspekt könnte bei der Landtagswahl ins Gewicht fallen: Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von der Politik allein gelassen. Wenn jeder Zweite (50 Prozent) sich ohnmächtig fühlt und angibt, dass man sich mit Kritik und Anregungen zur Corona-Politik an keine staatliche Stelle wenden könne, ist es nicht weit her mit der „Politik des Gehörtwerdens“, die Regierungschef Winfried Kretschmann einst zu Beginn seiner Amtszeit versprach.

Und dass die Ohnmachtsgefühle unter Eltern noch größer sind, kann die Kultusministerin und CDU-Spit-

Die Menschen im Südwesten sehen den Umgang der Landesregierung mit Corona immer kritischer. Die Auszahlung der Wirtschaftshilfen und der Digitalunterricht an Schulen schneiden besonders schlecht ab. Das sind einige Ergebnisse der aktuellen Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg.

Die Umfrage

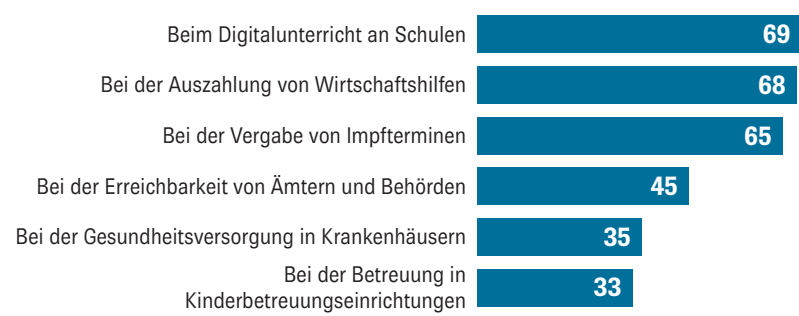
Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird gehandelt? Das wollen die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, genauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen.

Das IfD befragt einmal im Monat im Auftrag der Tageszeitungen mehr als 1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands, auf den Rat der IfD-Chefin Renate Köcher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzukommen die Leserinnen und Leser auf den Online-Portalen der Tageszeitungen.

Probleme im staatlichen Bereich

Wenn Sie einmal an staatliche Institutionen und Einrichtungen denken: Wo, in welchen Bereichen gibt es da derzeit vor allem Probleme? (Angaben in Prozent)



zenkandidatin Susanne Eisenmann auch nicht gerade als Zustimmung werten. Nur knapp ein Drittel der Baden-Württemberger (32 Prozent) bewerten die Arbeit der grün-schwarzen Landesregierung nach fünf Jahren als „erfolgreich“. Kaum weniger stellen ihr ein schlechtes Arbeitszeugnis aus – 26 Prozent hält sie für „nicht erfolgreich“.

42 Prozent ohne Urteil

Die wirklich dramatische Zahl aber ist eine andere. Was bedeutet es, wenn 42 Prozent der Bürger kein Urteil über die Landesregierung abgeben wollen oder können? Landespolitik, die doch in vielen Bereichen – Polizei und Sicherheit, Bildung, Finanzen und vor allem in der Verwaltung – unmittelbar den Alltag der Menschen betrifft, interessiert offenbar viele nicht oder findet unter dem Aufmerksamkeitsradar statt. Die politische Blase in Stuttgart mit all ihren Wichtigkeiten und Aufregtheiten, mit ihren Grabenkämpfen und Scharmützeln um Deutungshoheiten und Nuancen – sie scheint völlig losgelöst vom Wahrnehmungshorizont vieler Bürger.

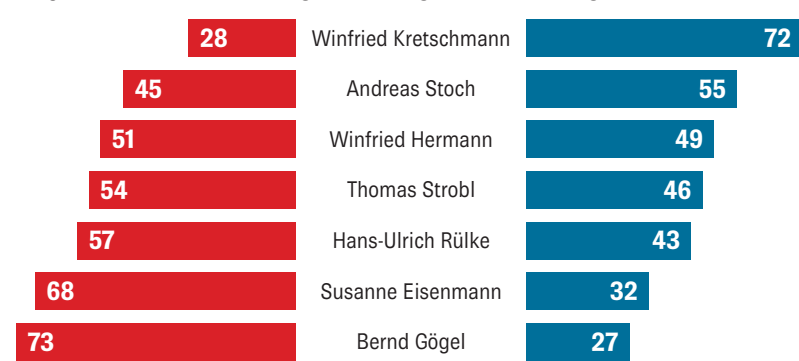
Zwangsläufig überträgt sich dieses Desinteresse auch auf die handelnden Personen. Selbst landespolitische Spitzenkräfte sind weiten Teilen der Bevölkerung kaum bekannt. Keine Sorgen machen muss

sich in dieser Hinsicht lediglich der Ministerpräsident. Dass Winfried Kretschmann nach zehn Jahren an der Spitze der Regierung fast jedem Bürger im Land bekannt ist (92 Prozent), verwundert nicht. Die CDU-Herausforderin Susanne Eisenmann ist immerhin mittlerweile fast zwei Dritteln der Menschen im Land bekannt (63 Prozent). Aber die Spitzenleute von SPD, FDP und AfD kennt selbst wenige Wochen vor der Landtagswahl namentlich nur ein Bruchteil der Menschen. Bekannt heißt aber nicht populär. Ausnahme ist wieder Regierungschef Winfried Kretschmann, von dem 72 Prozent eine gute Meinung haben.

Eine bittere Pille hat CDU-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann zu schlucken. Sie erfährt fast ebenso viel Ablehnung wie Kretschmann Zustimmung. Über zwei Drittel (68 Prozent) der Bürger, die ihren Namen kennen, haben keine gute Meinung von ihr. Schlechter schneidet unter den Spitzenkräften der Parteien nur der AfD-Spitzenkandidat Bernd Gögel (73 Prozent) ab. Für die 55-Jährige, die als dynamischer, weiblicher Gegenentwurf zum 72-jährigen Kretschmann in den Wahlkampf gezogen ist, die erste Ministerpräsidentin werden und in der CDU und im Land Aufbruchsstimmung vermitteln will, ist dieser Wert so kurz vor der Wahl ein Tiefschlag.

Popularitätswerte

Von welchen Politiker(-innen) haben Sie eine gute Meinung und von welchen nicht? (Angaben in Prozent) ■ Keine gute Meinung ■ Gute Meinung



Bekanntheitsgrad von Landespolitikern

Hier stehen verschiedene Landespolitiker. Von welchen haben Sie schon einmal gehört oder gelesen? (Angaben in Prozent)

